

**Empative-Stiftung
für empathisches und kollektives Handeln**

**Gemeinnützige und rechtsfähige Stiftung
des bürgerlichen Rechts**

Präambel

Im Geiste des Mitgefühls, der Solidarität und der gemeinsamen Verpflichtung, einen positiven Einfluss auf die Welt zu bewirken, errichte ich die

Empative-Stiftung für empathisches und kollektives Handeln

um eine philanthropische Organisation zu errichten, die sich der Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschheit widmet.

Meine Vision ist es, eine friedliche und gerechte Zukunft für alle Menschen zu schaffen, in der jeder Einzelne die Möglichkeit hat, sich unabhängig von den vorhandenen Lebensumständen zu entfalten.

Ich glaube fest an die Kraft des kollektiven Handelns und an das Potenzial für transformative Veränderungen, eigens dann, wenn sich Menschen für eine gemeinsame Sache zusammenschließen.

Mit unerschütterlichem Engagement und großem Verantwortungsbewusstsein beginne ich dieses große Vorhaben und lasse mich dabei von den folgenden Grundsätzen und Werten leiten:

- 1. Einfühlungsvermögen und Mitgefühl**
- 2. Gleichberechtigung und Inklusion**
- 3. Zusammenarbeit und Partnerschaften**
- 4. Innovation und Anpassungsfähigkeit**
- 5. Transparenz und Rechenschaftspflicht**
- 6. Langfristige Nachhaltigkeit**
- 7. Globale Perspektive, lokale Wirkung**

Mit dieser Präambel als Leitmotiv errichte ich hiermit die

Empative-Stiftung für empathisches und kollektives Handeln

und verpflichte sie zum unermüdlichen Streben nach einer gerechteren, mitfühlenderen und harmonischeren Welt. Ich bin davon überzeugt, dass durch die Bündelung von Ressourcen, Talenten und Entschlossenheit diese Stiftung einen tiefgreifenden und dauerhaften Einfluss auf das Leben unzähliger Menschen und die Gesundheit unserer Welt ausüben kann.

§ 1

Name, Rechtsform, Sitz, Geschäftsjahr

- (1) Die Stiftung führt den Namen
„Empative-Stiftung für empathisches und kollektives Handeln“.
- (2) Sie ist eine rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts mit Sitz in 39646 Oebisfelde-Weferlingen.
- (3) Das Geschäftsjahr der Stiftung ist das Kalenderjahr.
- (4) Das erste Geschäftsjahr ist ein Rumpfgeschäftsjahr. Es beginnt am Tag der Bekanntgabe der Anerkennungsurkunde der Stiftung.

§ 2a

Stiftungszweck

- (1) Zweck der Stiftung ist die Förderung gemeinnütziger Zwecke in den Bereichen
 - a) Jugend- und Altenhilfe;
 - b) Erziehung, Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe;
 - c) internationale Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens;
 - d) Entwicklungszusammenarbeit.
- (2) Zweck der Stiftung ist auch die Beschaffung und Weitergabe von Mitteln zur Förderung der vorgenannten steuerbegünstigten Zwecke für die Verwirklichung der steuerbegünstigten Zwecke einer anderen Körperschaft oder für die Verwirklichung steuerbegünstigter Zwecke durch eine juristische Person des öffentlichen Rechts. Die Beschaffung von Mitteln für eine unbeschränkt steuerpflichtige Körperschaft des privaten Rechts setzt voraus, dass diese selbst steuerbegünstigt ist.

§ 2b

Verwirklichung des Zwecks

- (1) Die Stiftung kann ihren Zweck im Inland und im Ausland verwirklichen.
- (2) Soweit die Stiftung nicht im Wege der Förderung anderer Einrichtungen tätig wird (z.B. Gewährung von Zuschüssen), verwirklicht sie ihren Zweck selbst oder durch eine Hilfsperson.

- (3) Der gemeinnützige Stiftungszweck wird insbesondere, aber nicht ausschließlich wie folgt verwirklicht:

(3.1) Bereichsübergreifende Maßnahmen betreffend § 2a Absatz (1) a) bis d)

- a) Über bereichsübergreifende Maßnahmen wird operativ entschieden mit dem Fokus auf den fördernden Zweck.

(3.2) Jugend- und Altenhilfe

- a) Beratung, Betreuung, Bildung und finanzielle Unterstützung von Kindern, Jugendlichen, Familien, älteren Menschen sowie von Menschen mit und ohne Behinderung zur Förderung ihres sozialen und kulturellen Gefüges zugunsten einer gesunden Entwicklung zu autonomen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten als auch zum Wohle der Gesellschaft.
- b) Beratung (unentgeltlich) und finanzielle Unterstützung von Wohnprojekten und Entwicklungsräumen zur Erprobung von neuen Formen des sozialen Miteinanders.

(3.3) Erziehung, Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe

Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie Beratung und finanzielle Unterstützung von Personen, auch welche im Bereich des Stiftungszwecks haupt- oder ehrenamtlich tätig werden wollen oder tätig sind.

(3.4) Internationale Gesinnung, Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens

- a) Beratung (unentgeltlich) und finanzielle Unterstützung von sozialen, kulturellen, künstlerischen und wissenschaftlichen Projekten, Tätigkeiten und Bildungsmaßnahmen, die eine partnerschaftliche Beziehung zwischen den Gesellschaften, Völkern und Nationen sowie die Förderung des sozialen Friedens und des Weltfriedens zum Ziel haben.
- b) Solidarität und Zusammenarbeit mit notleidenden Gruppen und Völkern (z.B. Armut, Krieg, Unterdrückung, Folter, Migration, Umweltschäden).

(3.5) Entwicklungszusammenarbeit

- a) Förderung der Befähigung zur Selbsthilfe von Einzelpersonen und Familien
- b) Förderung von infrastrukturellen Maßnahmen zur Verbesserung des Lebensstandards von Familien oder Gemeinden

(3.6) Zur Zweckverwirklichung kann die Stiftung im In- und Ausland

- a) Interessengemeinschaften bilden oder sich hieran beteiligen und mit anderen Organisationen mit ähnlichen Zielen kooperieren.
- b) Zweigniederlassungen errichten und unterhalten.
- c) Vereinigungen (z. B. Verband, Dachverband) errichten, unterhalten oder beitreten.
- d) Organisationen mit ähnlichen Zielen errichten oder verwalten (z.B. Stiftung, Verein).
- e) Einrichtungen übernehmen und fortführen sowie Zweckbetriebe unterhalten (z. B. für Bildung, Beratung, Betreuung, Veranstaltung, Ausstellung, Aufführung).
- f) Geschäfte der laufenden Verwaltung oder wirtschaftliche Geschäftsbetriebe teilweise oder ganz in Tochtergesellschaften ausgliedern.

- g) Hypotheken sowie Darlehen aufnehmen und vergeben (z. B. Mikrokredite).
- (4) Zur Zweckverwirklichung kann die Stiftung zinsgünstige oder auch zinslose Darlehen an Personen z.B. in Form von Stipendien für Arbeiten oder Publikationen zu den Zwecken der Stiftung und angrenzende Gebiete vergeben. Zu näheren Einzelheiten beschließt der Vorstand zu gegebener Zeit „Vergaberichtlinien für Darlehen“.
- (5) Die vorgenannten Maßnahmen zur Zweckverwirklichung sind nur beispielhaft und nicht abschließend. Die Stiftung kann vielmehr auch andere Maßnahmen ergreifen, die geeignet sind, den Stiftungszweck zu verwirklichen.
- (6) Die vorgenannten Zwecke und Maßnahmen zur Zweckverwirklichung müssen nicht nebeneinander oder im jeweils gleichen Maße verfolgt werden. Der Vorstand kann frei wählen, wie der Zweck verwirklicht wird. Die Stiftungszwecke und Maßnahmen können somit priorisiert werden. Die Erfüllung der nachrangigen Zwecke und Maßnahmen kommt in Betracht, insoweit es die (finanzielle, personelle) Leistungsfähigkeit der Stiftung zulässt.
- (7) Ein Rechtsanspruch Dritter auf Gewährung der jederzeit widerruflichen Förderleistungen aus dieser Stiftung besteht aufgrund dieser Satzung nicht. Auch durch regelmäßige oder über einen längeren Zeitraum gewährte Leistungen wird kein Rechtsanspruch gegen die Stiftung erworben.
- (8) Gefördert werden nur nachhaltige Projekte; das bedeutet:
- a) Jedes Projekt muss stets auf Gegenwart und Zukunft ausgerichtet und somit ein zeitlicher Bezug gegeben sein.
 - b) Durch die Projekte sollen Ressourcen, materielle und immaterielle Güter, ökonomische und ökologische Einheiten geschützt werden, insbesondere wenn diese nicht erneuerbar sind.
 - c) Der Fortbestand eines Bezugsobjektes (menschlich, materiell oder immateriell) soll durch ein Projekt kurz- und langfristig sichergestellt werden.
 - d) Die Nachhaltigkeit und Wirksamkeit der Maßnahmen müssen regelmäßig, wenigstens einmal jährlich überprüft werden. Bei Nichtwirksamkeit oder Verstoß gegen die vorherigen Regeln muss die Förderung eingestellt werden.
- (9) Näheres regeln vom Vorstand erlassene Förderrichtlinien in Schriftform.

§ 3 Gemeinnützigkeit

- (1) Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
- (2) Die Stiftung ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (3) Mittel der Stiftung dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Der Stifter und seine Erben erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln der Stiftung.
- (4) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Stiftung fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 4 **Vermögen, Verwendung der Stiftungsmittel**

- (1) Das Grundstockvermögen der Stiftung zum Zeitpunkt ihrer Errichtung ergibt sich aus dem Stiftungsgeschäft.
- (2) Die Antitra Vermögensverwaltung GmbH darf nicht, auch nicht anteilsweise, veräußert werden. Eine Auflösung der GmbH, bei gleichzeitiger Übertragung aller ihrer Vermögenswerte in die Stiftung, ist möglich.
- (3) Das Grundstockvermögen ist möglichst ertragreich zu bewirtschaften und in seinem Wert auf Dauer ungeschmälert zu erhalten.
- (4) Die Stiftung ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, Zustiftungen anzunehmen. Ist die Art der Zuordnung bzw. Verwendung nicht eindeutig bestimmt, entscheidet der Vorstand darüber nach pflichtgemäßem Ermessen. Zustiftungen Dritter dürfen nicht mit Bedingungen oder Auflagen verbunden sein, die mit dem Stiftungszweck oder Stifterwillen unvereinbar sind.
- (5) Die Stiftung erfüllt ihre Zwecke grundsätzlich aus den Erträgen des Grundstockvermögens und den darüber hinaus realisierten Wertzuwächsen der getätigten Anlagen sowie gegebenenfalls durch den Einsatz des sonstigen Vermögens oder einer Rücklage. Alle Anlageformen, auch ausschließlich Wertpapiere und Umschichtungen sind zulässig. Bei der Anlage des Stiftungsvermögens sollen ethische und/oder ökologische Kriterien berücksichtigt werden.
- (6) Soweit die Antitra Vermögensverwaltung GmbH ihre Vermögenswerte der Stiftung übertragen hat, verbleiben Umschichtungsgewinne im Grundstockvermögen, es sei denn, der Vorstand beschließt, dass sie ganz oder teilweise zur Erfüllung des Stiftungszwecks verwendet oder in eine Rücklage eingestellt werden.
- (7) Die Stiftung darf Darlehen aufnehmen und vergeben.
 - a) Eine Darlehensaufnahme ist insbesondere dann gestattet, um bestehende Vermögenswerte (z.B. Immobilien) zu erhalten oder um Vermögenswerte, die laufende Einnahmen für die Stiftung erzeugen, zu erwerben. Bei der Aufnahme von Darlehen ist zu beachten, dass neben der Tilgung der Darlehensraten der Stiftungszweck erfüllt werden muss.
 - b) Bei der Vergabe von Darlehen ist darauf zu achten, dass das Grundstockvermögen in seinem Wert ungeschmälert zu erhalten ist.
 - c) Die Gestaltung der Darlehensverträge und das Aushandeln der Konditionen obliegt dem Stiftungsrat. Bei Darlehensgewährungen sind fremdübliche Darlehensvergaben zu fordern. Darüber hinaus darf die Stiftung sämtliche Arten der Finanzierung nutzen.
- (8) Die Stiftung darf Wirtschaftsunternehmen und Organisationen jeder Art gründen oder sich an solchen beteiligen.

§ 5 Organe der Stiftung

- (1) Organe der Stiftung sind der Vorstand und der Stiftungsrat.
- (2) Eine gleichzeitige Zugehörigkeit zu mehreren Organen ist nicht zulässig. Dies gilt auch für den Stifter.
- (3) Die ersten Mitglieder der Organe sind im Stiftungsgeschäft berufen.
- (4) Die Organe wählen mit der einfachen Mehrheit ihrer Mitglieder aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden, der den Vorsitzenden bei dessen Verhinderung vertritt.
- (5) Die Mitglieder der Organe haben über vertrauliche Angelegenheiten und Tatsachen der Stiftung Stillschweigen zu bewahren, insbesondere über Betriebsgeheimnisse, die ihnen durch ihre Tätigkeiten in der Stiftung bekannt werden. Diese Verpflichtung besteht auch nach dem Ausscheiden aus der Stiftung fort.

§ 6 Vorstand

- (1) Der Vorstand besteht aus einer bis zu fünf Personen.
- (2) Der erste Vorstand ist im Stiftungsgeschäft berufen. Im Übrigen werden die Mitglieder des Vorstands durch den Stiftungsrat berufen und abberufen, der auch die Anzahl der Mitglieder des Vorstands festlegt.
- (3) Vorstandsmitglieder müssen volljährig und geschäftsfähig sein.
- (4) Die Mitglieder des ersten Stiftungsvorstandes werden auf Lebenszeit berufen. Die Amtszeit der weiteren Mitglieder des Stiftungsvorstandes beträgt fünf Jahre. Erneute Berufung ist zulässig. Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Mitgliedes des Vorstandes wird das neue Mitglied vom Stiftungsrat nur für den Rest der Amtszeit berufen.
- (5) Die Mitgliedschaft im Vorstand endet mit dem Ablauf der Amtszeit. Falls der Vorstand nur aus einem Mitglied besteht, bleibt dieses solange im Amt, bis ein Nachfolger berufen ist. Das Amt endet auch durch Todesfall, durch Niederlegung, die jederzeit zulässig und der Stiftung schriftlich mitzuteilen ist, sowie durch Abberufung. Die Abberufung durch den Stiftungsrat kann nur aus wichtigem Grund erfolgen. Ein wichtiger Grund für die Abberufung eines Vorstandsmitglieds liegt z. B. vor, wenn
 - a) es das Vermögen der Stiftung für eigene oder satzungsfremde Zwecke missbraucht,
 - b) es die Berichts- oder Vorlagepflichten gegenüber den Mitgliedern der Organe der Stiftung trotz mehrfacher Aufforderung verletzt,
 - c) es die anderen Mitglieder der Organe über rechtserhebliche Tatsachen vorsätzlich täuscht,
 - d) es nicht mehr zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung fähig ist,
 - e) das Vertrauensverhältnis zwischen ihm und den Mitgliedern der Organe der Stiftung oder den anderen Mitgliedern des Vorstands zerrüttet ist,
 - f) ein Zerwürfnis zu anderen Mitgliedern der Organe die konstruktive Zusammenarbeit zum Wohle der Stiftung erheblich gefährdet.

- (6) Das abzuberufende Mitglied des Vorstands soll vor der Abberufung Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten. Die Abberufung ist wirksam, bis ihre Unwirksamkeit rechtskräftig festgestellt ist.

§ 7

Rechte und Pflichten des Vorstands

- (1) Der Vorstand hat für die dauernde und nachhaltige Erfüllung des Stiftungszweckes zu sorgen. Er führt die Geschäfte der Stiftung. Seine Aufgaben sind insbesondere:
- a) Repräsentation und Kommunikation der Stiftung nach außen hin;
 - b) die gewissenhafte Verwaltung des Vermögens der Stiftung und ihrer sonstigen Mittel nach einer vom Vorstand zu erlassende Richtlinie;
 - c) der Nachweis über die Verwendung der Stiftungsmittel;
 - d) unter Umständen die Entscheidung über die Anfallsberechtigten gemäß § 12 der Satzung;
 - e) die Aufstellung eines Wirtschaftsplans und der jährlichen Abrechnung einschließlich einer Vermögensübersicht sowie der daraus resultierenden und gebotenen Berichtspflichten und steuerlichen Erklärungen;
 - f) die Anstellung von Mitarbeitern, sofern eine besondere Aufgabenstellung oder die Größe der Stiftung dies erfordert und die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stiftung dies zulässt;
 - g) Beschlussfassung bei Satzungsänderung, Zweckänderung, Zweckerweiterung sowie Zusammenlegung und Auflösung der Stiftung gemäß § 11 der Satzung;
 - h) die Organisation von Veranstaltungen.
- (2) Der Vorstandsvorsitzende vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich. Er hat die Stellung eines gesetzlichen Vertreters. Ist der Vorstandsvorsitzende an der Ausübung seines Amtes gehindert, vertritt der Stiftungsratsvorsitzende die Stiftung.
- (3) Die Mitglieder des Vorstands haften nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit. Sie orientieren sich bei der Führung der Geschäfte an der Business-Judgement-Rule (vgl. § 84a Abs. 2 BGB).
- (4) Die Mitglieder des Vorstands können für ihre Tätigkeit den Ersatz ihrer angemessenen Auslagen erhalten sowie - wenn es die Geschäftstätigkeit der Stiftung erfordert - eine angemessene Vergütung im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stiftung. Die Vergütung wird durch den Stiftungsrat bestimmt.

§ 8

Beschlussfassung des Vorstands

- (1) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse grundsätzlich in Sitzungen. Dabei können die Mitglieder physisch oder virtuell bzw. medial zusammenkommen. Priorität hat die physische Zusammenkunft, danach ist in dieser Reihenfolge Videokonferenz, Telefon oder das schriftliche Umlaufverfahren zu nutzen.
- (2) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder (physisch, virtuell) anwesend oder vertreten ist oder sich an einer schriftlichen Abstimmung beteiligt. Beschlüsse des Vorstands werden mit einfacher Mehrheit der teilnehmenden bzw. vertretenen oder der sich an einer schriftlichen Abstimmung beteiligenden Mitglieder gefasst, soweit die Satzung nichts anderes bestimmt. Im Übrigen entscheidet bei Stimmgleichheit die Stimme des Vorsitzenden.

- (3) Der Vorstand tagt nach Bedarf, mindestens jedoch einmal pro Geschäftsjahr. Besteht der Vorstand aus mehr als einer Person, erfolgt die Einberufung der Sitzung durch den Vorsitzenden des Vorstands, bei dessen Verhinderung durch den stellvertretenden Vorsitzenden, schriftlich unter Angabe der einzelnen Punkte der Tagesordnung. Die Ladungsfrist beträgt mindestens zwei Wochen. Diese kann verkürzt werden, wenn alle Mitglieder des Vorstands damit einverstanden sind. Der Vorstand ist auch dann einzuberufen, wenn es mindestens die Hälfte der Mitglieder des Stiftungsvorstands unter Angabe des Tagesordnungspunkts verlangen. Ladungsfehler gelten als geheilt, wenn kein Mitglied des Vorstands sie rügt. Soll eine Beschlussfassung im schriftlichen Umlaufverfahren erfolgen, fordert der Vorsitzende, bei dessen Verhinderung der stellvertretende Vorsitzende, alle Vorstandsmitglieder zur schriftlichen Abstimmung auf.
- (4) Soweit der Vorstand aus mehreren Personen besteht, gilt folgendes: Ist ein Mitglied des Vorstands an der persönlichen Teilnahme an einer Sitzung des Vorstands verhindert, so kann es sich durch ein anderes Mitglied des Vorstands vertreten lassen. Kein Mitglied des Vorstands kann mehr als ein anderes Mitglied vertreten. Über die Sitzungen des Vorstands ist eine Niederschrift zu fertigen. Beschlüsse sind im Wortlaut festzuhalten. Der Vorsitzende des Vorstands bestimmt einen Protokollführer. Die Niederschrift ist vom Sitzungsleiter sowie vom Protokollführer zu unterschreiben. Die Niederschriften sind den Vorsitzenden der Organe unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Die Niederschriften sind während des Bestehens der Stiftung aufzubewahren.
- (5) Personen, die nicht Mitglied eines Organs der Stiftung sind, können beratend (ohne Stimmrecht) an den Sitzungen des Vorstands teilnehmen, wenn der Vorstand dies mit den Stimmen aller teilnehmenden Mitglieder beschließt.
- (6) Der Stiftungsrat kann dem Vorstand eine Geschäftsordnung geben.

§ 9 Stiftungsrat

- (1) Der Stiftungsrat besteht aus zwei bis zu fünf Personen, die volljährig und geschäftsfähig sein müssen.
- (2) Der erste Stiftungsrat ist im Stiftungsgeschäft berufen. Im Übrigen werden die Mitglieder des Stiftungsrates durch Kooptation bestellt.
- (3) Die Amtszeit der Mitglieder des Stiftungsrates beträgt fünf Jahre. Eine erneute Berufung ist zulässig. Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Mitgliedes des Stiftungsrates wird das neue Mitglied nur für den Rest der Amtszeit durch Kooptation berufen.
- (4) Die Mitgliedschaft im Stiftungsrat endet mit dem Ablauf der Amtszeit. Falls der Stiftungsrat nur aus einem Mitglied besteht, bleibt dieses so lange im Amt, bis ein Nachfolger berufen ist. Das Amt endet auch durch Todesfall, durch Niederlegung, die jederzeit zulässig und der Stiftung schriftlich mitzuteilen ist, sowie durch Abberufung. Die Abberufung kann nur aus wichtigem Grund erfolgen, hierfür gilt § 6 Abs. 5 S. 5 der Satzung entsprechend.
- (5) Die Mitglieder des Stiftungsrates haben Anspruch auf Erstattung ihrer angemessenen Auslagen. Eine Vergütung für ihre Tätigkeit im Stiftungsrat ist ausgeschlossen.

§ 10

Aufgaben und Beschlussfassung des Stiftungsrats

- (1) Der Stiftungsrat hat die Geschäftsführung des Vorstands zu überwachen und insbesondere dafür zu sorgen, dass der Vorstand für die dauernde und nachhaltige Erfüllung des Stiftungszwecks sorgt. Der Vorsitzende des Stiftungsrats ist berechtigt, die Geschäftsunterlagen der Stiftung jederzeit einzusehen.
- (2) Der Stiftungsrat erörtert die Stiftungstätigkeit und berät den Vorstand zur sachangemessenen Verwendung der Stiftungsmittel.
- (3) Der Stiftungsrat ist darüber hinaus zuständig für:
 - a) Beschlussfassung über die Anlage des Stiftungsvermögens;
 - b) Beschlussfassung über die Verwendung von Erträgen und sonstigen Mitteln an die Destinatäre entsprechend den Vorgaben aus der Richtlinie des Vorstandes
 - c) Berufung der Mitglieder des Vorstands;
 - d) die Abberufung von Mitgliedern des Vorstands aus wichtigem Grund;
 - e) die jährliche Entlastung des Vorstands;
 - f) Beschlussfassung bei Satzungsänderung, Zweckänderung, Zweckerweiterung sowie Zusammenlegung und Auflösung der Stiftung gemäß § 11 der Satzung,
- (4) Der Stiftungsrat tagt mindestens einmal im Jahr nach Einberufung durch den Vorsitzenden des Stiftungsrats, bei dessen Verhinderung durch den stellvertretenden Vorsitzenden des Stiftungsrats. Der Stiftungsrat wird außerdem einberufen, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder oder der Vorstand dies verlangen. Im Übrigen gilt für den Geschäftsgang des Stiftungsrats § 8 dieser Satzung (Beschlüsse des Vorstands) entsprechend sinngemäß.
- (5) Die Niederschriften (z.B. Protokolle) des Stiftungsrats sind dem Vorstandsvorsitzenden unverzüglich zur Kenntnis zu bringen.

§ 11

Satzungsänderung, Zweckänderung, Auflösung

- (1) Die Mitglieder der Organe der Stiftung sind gemeinschaftlich zur Änderung der Satzung berechtigt.
- (2) Der Stiftungsvorstand ist berechtigt, Änderungen der Satzung zu beschließen. Hierfür ist eine einfache Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder des Vorstands erforderlich.
 - a) Im Falle einer Stimmengleichheit entscheidet der Vorstandsvorsitzende.
 - b) Während der Lebenszeit des Stifters bedarf jede Satzungsänderung zusätzlich seiner Zustimmung.
- (3) Eine Änderung der Satzung ist insbesondere dann zulässig, wenn
 - a) sich die Verhältnisse derart ändern, dass die dauernde und nachhaltige Erfüllung des Stiftungszwecks nicht mehr sinnvoll oder möglich erscheint und eine Änderung erforderlich ist, um die Stiftung an die veränderten Verhältnisse anzupassen;

- b) die Stiftung keine ausreichenden Mittel für die dauernde und nachhaltige Erfüllung des Stiftungszwecks hat und solche Mittel in absehbarer Zeit auch nicht erwerben kann.
- (4) Beschlüsse über Änderungen des Stiftungszwecks, Änderungen, die die dauernde und nachhaltige Erfüllung des Stiftungszwecks berühren, die Zulegung oder Zusammenlegung der Stiftung mit einer anderen Stiftung oder die Auflösung der Stiftung, bedürfen der Zustimmung aller Mitglieder der Organe der Stiftung. Der Stifter hat - soweit gesetzlich zulässig - lebzeitig ein Genehmigungsvorbehalt zu den vorerwähnten Beschlüssen. Das Erfordernis staatlicher Genehmigung bleibt unberührt.
- (5) Eine Satzungsänderung ist möglich, wenn diese der Erfüllung des Stiftungszwecks dient.

§ 12

Vermögensanfall

- (1) Bei Auflösung oder Aufhebung der Stiftung oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke ist das Vermögen an eine oder mehrere steuerbegünstigte Körperschaften zu übertragen mit der Auflage, es ausschließlich und unmittelbar im Sinne dieser Stiftung zu verwenden.
- (2) Schlagen die Anfallsberechtigten den Vermögensanfall aus, so bestimmt der Vorstand die Anfallsberechtigten.

§ 13

Stiftungsaufsicht

- (1) Die Stiftung untersteht der staatlichen Aufsicht nach Maßgabe des in Sachsen-Anhalt geltenden Stiftungsrechts.
- (2) Die Stiftungsaufsichtsbehörde ist auf Wunsch jederzeit über alle Angelegenheiten der Stiftung zu unterrichten. Ihr ist unaufgefordert der Jahresabschluss vorzulegen und es sind Änderungen der Anschrift, der Vertretungsberechtigten und der Zusammensetzung der Organe unverzüglich mitzuteilen.
- (3) Die gegenüber der Stiftungsaufsicht bestehenden Unterrichts-, Anzeige- und Genehmigungspflichten sind zu beachten.

§ 14

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit Anerkennung der Stiftung durch die Stiftungsbehörde in Kraft.

Oebisfelde-Weferlingen, den 20.08.2025



Tom Elias Schenk (Stifter)